

Wolfgang Thierse

Teilhabeerechtigkeit für eine starke Bürgergesellschaft

»Kultur für alle«, das war eine der zentralen sozialdemokratischen Forderungen der 70er Jahre im Hinblick auf Teilhaberechtigkeit. Angesichts von Sparzwängen, auch im Kulturbereich, heißt es nun aber, dieses Diktum für unsere heutige Zeit neu zu übersetzen.

Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vizepräsident. Er ist zudem Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Vor kurzem hat der Deutsche Bibliotheksverband seinen »Bericht zur Lage der Bibliotheken 2012« vorgestellt. Deren finanzielle Situation in Deutschland bleibt demnach unbefriedigend. Insbesondere in größeren Städten sind Bibliotheken harten Sparauflagen unterworfen. Auch in mittleren und kleineren Kommunen halten die Probleme an. Die Folgen: Jede vierte öffentliche Bibliothek muss derzeit ihr Veranstaltungsangebot reduzieren. Der Etat für Medien sinkt weiter. Für eine Anpassung des Angebots an die Standards des Internet-Zeitalters fehlen die Mittel. Öffnungszeiten werden reduziert, freie Stellen nicht wieder besetzt.

Dies alles geschieht, obwohl

- gerade die öffentlichen Bibliotheken zu den wichtigsten und meistgenutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen Deutschlands zählen,
- bekannt ist, dass die Bibliothekssozialisation im Kindes- und Jugendalter das spätere Nutzerverhalten maßgeblich prägt,
- viel von lebenslangem Lernen, von Wissensgesellschaft und demografischem Wandel die Rede ist,
- wir wissen, dass mündige Bürger jeden Alters über Möglichkeiten verfügen

müssen, sich unabhängig und verlässlich zu informieren und auszutauschen.

Ausgerechnet im »Land der Dichter und Denker« klafft in den Bereichen Kultur und Bildung eine große Lücke zwischen Erkenntnis und Realität. Der Umgang mit Bibliotheken ist nur ein Beispiel. Vergleichbares gilt für Musikschulen, Orchester, Theater, Opernhäuser, Museen, Volkshochschulen und andere Einrichtungen der kulturellen Infrastruktur.

Gerade in Zeiten knapper Budgets ist es wichtig, an die zentralen Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik zu erinnern und ihre Bedeutung auch für aktuelle Debatten zu betonen: Die emanzipatorische, partizipatorische und an interkultureller Offenheit interessierte Forderung »Kultur für alle!« bleibt richtig, auch wenn der Optimismus der 70er Jahre verfliegen ist und sich einige Hoffnungen von damals nicht erfüllt haben.

Die Erwartung etwa, jeder entfalte sich in der Kulturgesellschaft, wenn nur das Angebot weiter ausgebaut werde, hat sich als Illusion erwiesen. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes und gesteigener Nutzerzahlen blieb es dabei: Wer früher nicht ins klassische Konzert, in die Oper, ins Theater oder in Ausstellungen ging, der tut das jetzt meist auch nicht. Die soziale Selektivität von Kultur hat sich seit 30 Jahren kaum verringert. Auch Soziokultur, lange Museumsschlangen, junge Künstlerszenen änderten nichts daran. Untersuchungen ergeben: 5-10 % sind kulturelle »Vielnutzer«, weitere 40-45 % nehmen die Kulturinstitutionen gelegentlich

in Anspruch. Die Spaltung zwischen Nutzern und Nichtnutzern kultureller Einrichtungen ist bei einem 50:50-Verhältnis wie versteinert.

Notwendige Neuorientierung der Kulturpolitik

Diese Situation ist – wenigstens für Sozialdemokraten – nicht akzeptabel. Es bedarf einer kulturpolitischen Neuorientierung, die mehr will, als den Status quo zu erhalten. Auch angesichts leerer Kassen muss sich Kulturpolitik dem Kampf um Verteilungsgerechtigkeit in der Kultur stellen. Das Diktum »Kultur für alle!« ist für unsere Zeit neu zu übersetzen.

Dazu verpflichtet das sozialdemokratische Verständnis von Gerechtigkeit. Im geltenden Grundsatzprogramm wird Gerechtigkeit definiert als »gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern«.

Wer heute von Gerechtigkeit redet, darf also von der Teilhabe an Bildung und Kultur nicht schweigen. Kulturelle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft, der es um Chancengleichheit geht. Weil die soziale Spaltung der Gesellschaft eine zutiefst kulturelle Dimension besitzt, muss Gerechtigkeitspolitik Kulturpolitik einschließen. Für die Überwindung sozialer Spaltung ist und bleibt kulturelle Bildung eine Schlüsselaufgabe!

Kulturelle Bildung muss in einer Weise organisiert sein, dass Kinder und Jugendliche auch aus bildungsfernen Schichten die Chance erhalten, in der Musik, der Kunst und anderen Formen kreativen Ausdrucks unterrichtet zu werden. Menschliches Leben ohne Kunst und Kultur bleibt unvollkommen. Erfahrungsräume des Emotionalen, des Sinnlichen, des Symbolischen zu erschließen, in denen in freier Weise das Eigene, die eigene Identität aus-

gebildet werden kann, ist unverzichtbar. Kulturelle Bildung muss auch jenen Zugänge zum Raum und Reichtum der Kultur eröffnen, deren soziales Umfeld dies nicht selbstverständlich leistet. Sie ist eben der Weg zur Teilhabe am kulturellen und damit am gesellschaftlichen Leben, mehr denn je.

Teilhabe an Bildung und Kultur spielen auch und gerade bei der Integration von Migranten und für die Überwindung von Ressentiments und Ausgrenzung eine wichtige Rolle. Die bestehende kulturelle Vielfalt in Deutschland ist als Chance für die Zukunft zu begreifen und zu fördern. In einer globalisierten Welt, in einer Gesellschaft, die von Einwanderung geprägt ist, reicht es nicht aus, den Blick auf das bekannte Eigene zu richten. Kenntnis der Tradition, Pflege der kulturellen Erbschaften und Aneignung des bisher Fremden, ebenso Innovation und Experiment – erst dies alles zusammen macht eine lebendige Kultur aus. Gerechtigkeit bedeutet, dass für Einheimische wie Eingewanderte glei-

che Maßstäbe gelten – kulturelle Chancengleichheit und Teilhabe eingeschlossen.

Der statischen und eindimensionalen Vorstellung einer »Leitkultur« ist daher ein prozesshaft-dialogisch und pluralistisch angelegtes Kulturverständnis entgegenzusetzen. Statt vergeblich Energie auf die Aus- und Abgrenzung gegenüber dem Fremden und Anderen zu verwenden, ist eine Kultur der Anerkennung zu entwickeln: eine Kultur, die auf Dialog, Reflexion und Verständigung über Fremdes wie Eigenes beruht. Dieses Kulturverständnis ist vergleichsweise unbequem. Denn es zwingt, auch über die eigenen Wurzeln nachzudenken. Es erfordert, sich der Errungenschaften aus jüdisch-christlicher Tradition, Humanismus und Aufklärung zu vergewissern und eigene Inhalte und Werte aktiv zu vertreten. Kulturelle Integration kann nur dann gelingen, wenn sie sich auf Basis humanistischer Grundwerte vollzieht. Nur ein gleichzeitig wertefundiertes wie tolerantes Kulturverständnis vermag sich Instrumentalisierungen von Kultur und Religion zu widersetzen, kann gegen Ignoranz und Extremismus immunisieren.

Kultur als Zukunftsinvestition

Die Verantwortung des Staates liegt nicht allein darin, kulturelle Bildung zu fördern und damit die individuelle Teilhabe am kollektiven Gedächtnis und am kulturellen Reichtum der Gesellschaft zu ermöglichen. Kultur und Bildung sind öffentliche Güter. In der Verantwortung des Staates liegt es deshalb, deren Verfügbarkeit sicherzustellen, Kultur ausreichend und in großer Vielfalt zu fördern. Die Unterstützung von Kunst, Kultur und Kreativität beginnt damit vor der Kulturpolitik im engeren Sinne. Sie wird, wie die Bildung, zur politischen Querschnittsaufgabe. Für eine humane Gesellschaft ist Kultur nicht Subvention, sondern Zukunftsinvestition! Sie schafft

den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist, und stützt das Kooperationsgefüge der Bürger. Gerade eine Sozialdemokratie, die auf eine starke Bürgergesellschaft setzt, die eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft anvisiert, darf Kultur nicht als nachrangiges Politikfeld behandeln.

Die Lebensqualität in Städten und Gemeinden hängt zu einem Gutteil vom Reichtum an kulturellen, sozialen und demokratischen Gütern ab. Übermäßige Privatisierung und Kommerzialisierung zerstören dagegen tendenziell öffentliche Räume und damit Freiräume für Kreativität, gesellschaftskritische Diskurse und künstlerische Experimente. Verantwortung des Staates im Bereich der Kulturpolitik heißt, Freiheit dort zu ermöglichen, wo sich Kunst und Kultur eben nicht – wirtschaftlich erfolgreich oder zivilgesellschaftlich befördert – von allein realisieren. Kulturpolitik muss Orte des gesellschaftlichen Selbstgesprächs neben und jenseits von Kunstmarkt und Kulturindustrie stärken – in Anerkennung des Eigenwerts von Kunst. Nur mit Kultur, mit Kunst und Wissenschaft, öffnen sich besondere Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, Erfahrungsräume des Menschen jenseits seiner Marktrollen als Konsument und Arbeitskraft.

Weniger Kultur im Sinne einer »Kultur der Teilhabe« bedeutet vor allem Kultur für wenige, bedeutet die kulturelle Verfestigung sozialer Spaltung. Den Abschied von der »Kultur für alle!« können sich nur Gebildete und vor allem Besserverdienende leisten. Immer mehr dem Markt zu überlassen, heißt den Zugang zur Kultur immer stärker vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig zu machen.

Gerade weil staatlicher Finanzierung aber immer Grenzen gesetzt sind und das eigentliche Kulturleben viele nicht erreicht, käme es einer kulturpolitischen Kapitulation gleich, resignativ das sozialdemokratische Gerechtigkeitsziel und Bildungsideal einer »Kultur für alle!« aufzugeben! ■